



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
Vertriebene in den Bundesländern (1950 und 1961)

Diese Tabelle stellt die Bevölkerungsbewegungen aus den Ländern des Ostblocks in die Bundesrepublik dar. 1950 machten Vertriebene aus osteuropäischen Ländern ein Drittel der Bevölkerung Schleswig-Holsteins und mehr als ein Viertel der Bevölkerung Niedersachsens aus. (Beide Länder hatten während des Krieges relativ geringe Zerstörungen erlitten.) Im gesamten Bundesgebiet machten die Vertriebenen 1950 16,1% der Bevölkerung aus. Dieser Prozentsatz veränderte sich im Lauf des Jahrzehnts nur sehr geringfügig – 1961 machten die Vertriebenen 15,9% der Bevölkerung aus. (Anm.: Der Begriff „Vertriebene“ schließt nicht diejenigen ein, die aus der SBZ/DDR ins Bundesgebiet flüchteten. Sie werden als Flüchtlinge definiert.)

Bundesländer	1950		1961	
	Vertriebene in Tsd.	%	Vertriebene in Tsd.	%
Schleswig-Holstein	857	33,0	630	27,2
Hamburg	116	7,2	206	11,3
Niedersachsen	1,852	27,2	1,612	24,3
Bremen	48	8,6	98	13,9
Nordrhein-Westfalen	1,332	10,1	2,298	14,5
Hessen	721	16,7	818	17,0
Rheinland-Pfalz	152	5,1	276	8,1
Baden-Württemberg	862	13,4	1,205	15,5
Bayern	1,937	21,1	1,645	17,3
Saarland	–	–	18	1,7
Berlin (West)	148	6,9	151	6,9
Bundesgebiet	8,025	16,1	8,956	15,9

Vertriebene sind Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit, die ihren Wohnsitz am 1. 9. 1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand 31. 12. 1937) oder im Ausland hatten, einschl. der nach diesem Zeitpunkt geborenen Kinder. Personen aus dem Ausland, die als Vertriebene anerkannt werden wollten, mußten Deutsch als Muttersprache nachweisen. Die Zuordnung der Kinder erfolgte

nach der Vertriebeneneigenschaft des Vaters, bei unehelichen Kindern oder Halbweisen nach der der Mutter. Für die Volkszählung 1950 zählten als Vertriebene auch Deutsche, die am 1. 9. 1939 im Saarland gewohnt haben. Für die Volkszählung 1961 wurden allerdings nur diejenigen als Vertriebene gezählt, die einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) beantragt hatten, was nicht bei allen Berechtigten der Fall war. Durch diese Zählungsunterschiede wird – nach amtlichen Schätzungen – die *Zunahme* der Flüchtlinge und Vertriebenen etwa um die Hälfte zu gering angegeben.

Quelle: Gerhard A. Ritter und Merith Niehuss, *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland: Bundestags- und Landtagswahlen 1946-1987*. München: Beck, 1987, S. 31.